

Ideen für eine starke Wirtschaft – trotz starkem Franken

Der starke Franken ist zurzeit ein grosses Problem: Die Exportwirtschaft und der Tourismus leiden unter dem teuren Franken. Die ersten Exportfirmen reagierten bereits mit Massnahmen, sei es mit Erhöhung der Arbeitszeit oder, noch viel schlimmer, mit Abwanderung ins Ausland. Der Bundesrat hat das Problem zwar erkannt, aber mit Lösungen lässt er auf sich warten. Zuerst geht er nun in die Ferien. Aber die Zeit drängt. Das Problem wird sich bis im Herbst weiter verschärfen. Arbeitsplätze sind langfristig gefährdet.

Ideen der CVP

Statt wie der Bundesrat abzuwarten, schlägt die CVP folgende griffige Massnahmen vor:

1. Masterplan

Der Bundesrat und die Schweizerische Nationalbank besprechen zusammen die dem Bund zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bezüglich einer Intervention zur Abfederung des starken Frankens. Sie erarbeiten einen gemeinsamen Masterplan. Darin sollen die verschiedenen geldmarkt- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten bezüglich Wirksamkeit und Kosten genau geprüft, koordiniert und einen Aktionsplan zu diversen Zukunftsszenarien erarbeitet werden. So soll sichergestellt sein, dass der Bundesrat besser auf Krisensituationen vorbereitet ist, statt Ad-hoc-Lösungen zu finden und der Entwicklung hintennach zu hinken.

2. Erweiterung der Exportrisikoversicherung

Die Exportrisikoversicherung (SERV) versichert Schweizer Unternehmen gegen wirtschaftliche und politische Risiken im Export. Die CVP verlangt, dass auch starke Währungsschwankungen über die SERV versichert werden können. Diese Möglichkeit soll allen Exportunternehmen, also insbesondere den KMU, offen stehen.

3. Ausgleich für Mehrarbeit

Immer mehr Firmen gehen dazu über, die Arbeitszeit ihrer Mitarbeitenden zu erhöhen, um damit eine höhere Produktivität zu erreichen. Im Grundsatz befürwortet die CVP dieses Vorgehen: Bei guter Auftragslage ist es besser, während einer befristeten Zeit mehr zu Arbeiten statt seinen Arbeitsplatz für immer zu verlieren. Allerdings sollen die Arbeitnehmenden für die Mehrarbeit entlohnt werden. Damit sich die Firmen dies leisten können, soll der Staat helfend eingreifen und die Mehrkosten der „Langarbeit“ abfedern – ähnlich wie bei der Unterstützung von Kurzarbeit.

4. Steuererleichterung für Exportfirmen

Damit die Exportfirmen die Gewinneinbrüche langfristig unbeschadet überstehen, soll ihnen während dieser schwierigen Zeit eine befristete Steuererleichterung in der Höhe des Gewinneinbruchs gewährt werden. Kurzfristig wird dies den Firmen zu einer verbesserten Kreditwürdigkeit gegenüber den Banken verhelfen, langfristig hilft es den Firmen in der Schweiz zu überleben. Damit bleiben Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten. Die Steuererleichterung ist an klare Bedingungen zu knüpfen: Die Firmen dürfen während dieser Zeit keine Angestellten entlassen und den Standort nicht ins Ausland verlegen.

5. Förderung von Schweiz Tourismus

Damit der Schweizer Tourismus den Einbruch der Logiernächte abfedern kann, muss vermehrt in die Landeswerbung im Osten (Russland, China, Indien, Japan) investiert werden, um mehr Touristen aus diesen Gebieten anzulocken. Schweiz Tourismus leistet bereits jetzt hervorragende Arbeit, benötigt für diese grossen Märkte aber zusätzliche finanzielle Mittel. Die CVP setzt sich deswegen für einen höheren Zahlungsrahmen für Schweiz Tourismus ein.

6. Vorteile des Imports nutzen

Im Gegensatz zur Exportindustrie profitiert der Import vom starken Franken. Wo der Gewinn bei den Importeuren in der Schweiz anfällt, muss der Preisvorteil an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Die CVP fordert, dass der Preisüberwacher sowie die Wettbewerbskommission vermehrt tätig werden. Allerdings gibt es einige Hinweise, dass die Importfirmen nur mässig von der Preisreduktion profitieren – die Gewinne fallen bei den Exporteuren im Ausland an. Das Ausland zockt uns ab!

- a. Die Schweiz benötigt im Wettbewerbsbereich ein Amtshilfeabkommen mit der EU. Der Preisüberwacher muss in das Abkommen eingebunden werden.
- b. Dem Preisüberwacher muss die Kompetenz erteilt werden, bei wichtigen Importprodukten eine wechselkursabhängige Preisobergrenze festsetzen zu können. Konkret bedeutet dies, dass die Preise von z.B. Kleidern und Schuhen nicht mehr als 10% über den Preisen im EU-Raum liegen dürften. Damit steigt der Druck auf die ausländischen Exporteure, den Preisvorteil an die Schweizer Importeure weiterzugeben, da diese ansonsten ihre Waren in der Schweiz gar nicht mehr verkaufen können.

7. Die SNB muss unabhängig bleiben

Geldmarktpolitische Entscheide wie die Einführung von Negativzinsen, Euroeinkäufe oder die Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro sind Entscheide, welche in der Verantwortung der Schweizerischen Nationalbank liegen. Die CVP ruft die SNB dazu auf, diese geldmarktpolitischen Werkzeuge genau zu prüfen, betont aber, dass die politische Unabhängigkeit der SNB auch in schwierigen Zeiten unbedingt gewahrt werden muss. Politische Forderungen zu geldmarktpolitischen Entscheidungen lehnt die CVP klar ab.